

Gemeinsame Erklärung der Wissenschaftsorganisationen zur Grünen Gentechnik

Berlin - Am 14. April 2009 hat die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner mit sofortiger Wirkung den Anbau von gentechnisch verändertem Mais verboten. Die Ministerin wies darauf hin, dass es sich hier um keine Grundsatzentscheidung zum Umgang mit Grüner Gentechnik, sondern um eine Einzelfallentscheidung handle. Zuvor hatte die oberste europäische Zulassungsbehörde EFSA keine Bedenken gegen einen Anbau geäußert. Aus der Sicht von Wissenschaft und Forschung besteht große Sorge, dass diese Entscheidung den Trend verstärken wird, mit einer aller Voraussicht nach wichtigen Zukunftstechnologie irrational umzugehen und dadurch irreparable Schäden für den Standort Deutschland herbeizuführen.

Die deutschen Wissenschaftsorganisationen setzen sich ausdrücklich dafür ein, die Chancen und die Nutzung der Grünen Gentechnik in Deutschland zu erforschen. Dies schließt auch die vorurteilsfreie Untersuchung von Sicherheitsfragen und möglichen Risiken ein. Diese Untersuchungen finden in Deutschland auch seit Jahren umfangreich und wissenschaftlich profund statt. Die Forschung wird größtenteils durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und durch die Bundesländer – direkt oder über die von ihnen finanzierten Organisationen - finanziert oder als Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durchgeführt. Nie haben entsprechende Untersuchungen fundierte Ergebnisse erbracht, die eine Abkehr von dieser Technologie auch nur entfernt nahe legen könnten.

Eine pauschale Ablehnung der Grünen Gentechnik schadet nachhaltig dem Forschungsstandort Deutschland. Für die Agrarproduktion in Zeiten des Klimawandels bietet der Einsatz der auf molekularbiologischen Erkenntnissen beruhenden gentechnischen Methoden ein einzigartiges Potenzial, wertvollere, umweltfreundlichere und zugleich produktivere Nutzpflanzen zu entwickeln. Diese Sichtweise steht im Einklang mit von der Bundesregierung finanzierten und internationalen Forschungsergebnissen zur Untersuchung der Risiken Grüner Gentechnik gegenüber klassischen Züchtungsmethoden.

Das Verbot birgt die Gefahr, dass diffuse Ängste statt sachlicher Aufklärung im Vordergrund stehen. Der Zusatz, dass es sich dabei um eine Einzelfallentscheidung handelt, kann über den negativen Effekt für den Forschungsstandort Deutschland nicht hinwegtäuschen und steht einer zukunftsorientierten Ausrichtung diametral entgegen.

Wir wenden uns daher entschieden gegen pauschale Verbote gentechnischer Erzeugnisse und fordern die Politik auf, für eine Versachlichung der Diskussion zu sorgen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Forschung und wissenschaftliche Begleitung der künftigen Nutzung der Grünen Gentechnik zu schaffen. Wir begrüßen daher sehr den Vorschlag von Bundesforschungsministerin Annette Schavan, einen „runden Tisch“ mit Wissenschaftlern und Politikern einzurichten, um klare Signale für die künftige Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen zu geben.

Die Unterzeichner:

Alexander von Humboldt-Stiftung
Jean-Paul-Straße 12, 53173 Bonn

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina
Emil-Abderhalden-Straße 37, 06108 Halle/Saale

DFG - Deutsche Forschungsgemeinschaft
Kennedyallee 40, 53175 Bonn

DAAD – Deutscher Akademischer Austauschdienst
Kennedyallee 50, 53175 Bonn

FhG – Fraunhofer Gesellschaft
Hansastraße 27 C, 80686 München

Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2, 10178 Berlin

HRK – Hochschulrektorenkonferenz
Ahrstraße 39, 53175 Bonn

WGL – Leibniz-Gemeinschaft
Eduard-Pflüger-Straße 55, 53113 Bonn

MPG – Max-Planck-Gesellschaft
Hofgartenstraße 8, 80539 München

Wissenschaftsrat
Brohler Straße 11, 50968 Köln

Pressekontakt Leibniz-Gemeinschaft:

Josef Zens
Schützenstraße 6a
10117 Berlin
Tel.: + 49 (0) 30 20 60 49-42
Fax: + 49 (0) 30 20 60 49-55
E-Mail: zens@leibniz-gemeinschaft.de

Christoph Herbort-von Loeper
Tel.: 030 / 20 60 49 – 48
Mobil: 0174 / 310 81 74
E-Mail: herbort@leibniz-gemeinschaft.de

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 86 Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen für die Forschung sowie drei assoziierte Mitglieder. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesamtgesellschaftlich relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagen-, Groß- und anwendungsorientierter Forschung. Sie legen neben der Forschung großen Wert auf wissenschaftliche Dienstleistungen sowie Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie pflegen intensive Kooperationen mit Hochschulen, Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Das externe Begutachtungsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft setzt Maßstäbe. Jedes Leibniz-Institut hat eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Bund und Länder fördern die Institute der Leibniz-Gemeinschaft daher gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen etwa 14.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind ca. 6500 Wissenschaftler, davon wiederum 2500 Nachwuchswissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,1 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 230 Mio. Euro pro Jahr.

www.leibniz-gemeinschaft.de